

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschusssdienst

Inhaltsprotokoll

Ausschuss für Verfassungsschutz

25. Sitzung
20. Januar 2010

Beginn: 12.06 Uhr
Ende: 13.35 Uhr
Vorsitz: Thomas Kleineidam (SPD)

Punkt 3 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Dirk Behrendt (Grüne) fragt nach Erkenntnissen des Berliner Verfassungsschutzes zum „Heldengedenken“ der rechtsextremen Szene in Berliner Parks und auf Friedhöfen. Am 22. und 24. Dezember solle es in Berlin Heldengedenkveranstaltungen von rechtsextremem Freundeskreisen in Wuhletal und Marzahn gegeben haben.

Dr. Gerhard Fricke (SenInnSport) berichtet, dass rechtsextremistische Veranstaltungen mit dem Charakter von Heldengedenken oder Vergleichbares in unregelmäßigen Abständen immer in Parks oder auf Friedhöfen stattfinden, insbesondere am Volkstrauertag oder dem Todestag von Rudolf Heß oder Horst Wessel. Die Teilnehmerzahl liege unter 10. Anschließend würden gern Berichte auf www.nw-berlin.net eingestellt. Oft stimmten die Berichte in Detailangaben nicht mit dem tatsächlichen Ablauf der Veranstaltung überein. Dort finde sich ein vom 27. 12. 09 datierender Artikel über ein weihnachtliches Heldengedenken, das an Heiligabend stattgefunden haben solle. Text und Bilder deuteten jedoch darauf hin, dass es eine Wintersonnwendfeier gewesen sei, die am 25. 12. in Marzahn vom Kreisverband 4 der NPD und freien Kräften aus dem Bezirk durchgeführt worden sei. Die Veranstaltung, an der 12 Personen teilgenommen hätten, sei von der Polizei beendet worden.

Dirk Behrendt (Grüne) möchte wissen, an wessen Grab die vom Innensenator erwähnte Veranstaltung am 24. 12. auf einem Friedhof in Marzahn stattgefunden habe.

Dr. Gerhard Fricke (SenInnSport) antwortet, dass am Kriegerdenkmal beim Parkfriedhof Marzahn zwischen dem 23. und dem 25. 12. neben einem abgelegten Kranz mit der Aufschrift „Dem deutschen Soldaten Ruhm und Ehre“ zahlreiche Grabkerzen aufgestellt worden seien. Zu Veranstaltern und Teilnehmern könne er nichts sagen.

Vorsitzender Thomas Kleineidam erklärt, die Koalitionsfraktionen wollten wissen, welche Erkenntnisse der Verfassungsschutz über die Mobilisierung von Rechtsextremisten aus Berlin zum sogenannten Trauermarsch am 13. Februar in Dresden habe.

Marion Seelig (Linksfraktion) bemerkt, dass der sächsische Verfassungsschutz mit mindestens 6 500 Teilnehmern rechne. Wie viele davon seien aus Berlin zu erwarten? Mobilisierten vorwiegend die „autonomen Nationalisten“ oder die NPD?

Dr. Gerhard Fricke (SenInnSport) erwidert, dass die jährlich stattfindende Demonstration anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens von der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland organisiert werde. Die Veranstaltung sei die größte bundesweite rechtsextremistische Demonstration. 2008 hätten ca. 3 800 Personen teilgenommen, 2009 6 500. In diesem Jahr finde die Demonstration am 13. Februar statt. Die Berliner rechtsextremistische Szene mobilisiere stark für die Teilnahme. Eine genaue Schätzung könne er derzeit nicht geben. Man gehe davon aus, dass 200 bis 300 Berliner Rechtsextreme teilnähmen.

Marion Seelig (Linksfraktion) interessiert, ob dem Verfassungsschutz gewalttätige Bestrebungen des Gegenbündnisses, das sich aus demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Künstlern und Kirchenkreisen zusammensetze, bekannt seien.

Dr. Gerhard Fricke (SenInnSport) antwortet, dass eine klare Aussage erst kurz vor dem Ereignis gemacht werden könne. Der Internetseite antifa.de sei zu entnehmen, dass die Anreise von fünf Bussen aus Berlin geplant sei.

Andreas Gram (CDU) erinnert daran, dass er vor einiger Zeit nach Aktivitäten des schwedischen Rechtsextremisten Brinkmann gefragt habe. Dieser wolle offenbar antisemitisch und ausländerfeindlich aktiv werden und so wie in Köln Stimmen sammeln. Gebe es dazu Erkenntnisse?

Dr. Gerhard Fricke (SenInnSport) legt dar, dass Herr Brinkmann mit verschiedenen Organisationen – NPD, DVU – Gespräche geführt habe. Brinkmann beabsichtige nach seinen und Erklärungen von Manfred Rouhs von „pro Köln“, im März eine Berliner Dependence zu gründen. Konkrete Aktivitäten in Berlin seien noch nicht festgestellt worden.

Andreas Gram (CDU) interessiert, seit wann der Verfassungsschutz Erkenntnisse über Planungen habe. Er habe seinerzeit darum gebeten, den Ausschuss über Aktivitäten des Herrn Brinkmann zu informieren.

Tom Schreiber (SPD) bemerkt, dass kürzlich bei einem Strategietreffen der NPD Herr Voigt ausgesuchte Persönlichkeiten empfangen habe. Der Name Brinkmann sei gefallen, weil dieser Geld mitbringe. Brinkmann bediene den rechtspopulistischen Bereich, die NPD den deutschnationalen. 2011 werde es vermutlich strategische Absprachen geben. Die Berliner/innen würden dem wahrscheinlich eine deutliche Absage erteilen, denn mit islamfeindlichen Parolen werde man in Berlin keine Punkte machen können. Die SPD-Fraktion nehme die Probleme im Integrationsbereich ernst. Es gebe klare Lösungsansätze.

Dr. Gerhard Fricke (SenInnSport) stellt klar, dass die Erklärung von Herrn Brinkmann am 18. 1. 10 um 18.50 Uhr veröffentlicht worden sei. Kurz davor habe Herr Rouhs sich geäußert. – Was die Strategiediskussion angehe, könne man zwei Überlegungen anstellen: Herr Voigt versuche, mit seiner parteiinternen Opposition fertigzuwerden. Er wolle sich offenbar mit dem Islam in Deutschland auseinandersetzen. – Man werde das Umsetzen in den Verbänden und an der Basis abwarten müssen. Auf den ersten Altmedia-Blogs könne man sehen, dass die veröffentlichten Äußerungen auch kritisch gesehen und als Worthülsen bezeichnet würden. Möglicherweise wolle Voigt durch moderateres Auftreten mehr potenzielle Wähler ansprechen.

Andreas Gram (CDU) erklärt, eine regelmäßige Berichterstattung über den Bereich sei im Interesse aller. Es würden Schichten angesprochen, die sich nicht als rechtsextrem bezeichnen wollten, aber eine dumpfe Angst vor Islam hätten und nicht zwischen Islam und Islamismus differenzierten. Dies dürfte ein gewisses Potenzial von Menschen sein, die sich häufig fürchteten, Ängste im demokratischen Rahmen äußern zu dürfen, ohne dafür abgestraft oder in die rechtsextreme Ecke gestellt zu werden. Wenn man mit solchen Menschen rede, fühlten sie sich im demokratischen Spektrum wieder aufgehoben. Da wolle Brinkmann hineinstoßen, und dies müsse man gemeinsam abwehren.

Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport) betont, dass man peinlich auf die Grenzziehung von Beobachtungsmöglichkeiten des Verfassungsschutzes achten müsse. Es gebe Verknüpfungen zur NPD, man wisse, wo Brinkmann herkomme. Die stattfindende Entwicklung sei besorgniserregend, weil es offenbar darum gehe, die rechtsextremistischen Bestrebungen in ein Lager zu verknüpfen, das man nicht in den extremistischen Bereich drängen sollte.

Marion Seelig (Linksfraktion) interessiert, ob es eine Verknüpfung zu Pax Europa gebe.

Dr. Gerhard Fricke (SenInnSport) antwortet, dies sei nicht bekannt.

Dirk Behrendt (Grüne) erklärt, kürzlich sei bekannt geworden, dass verschiedene Landesämter für Verfassungsschutz Bundestagsabgeordnete überwacht hätten. Das Berliner Amt habe einen Bundestagsabgeordneten überwacht. Ihn interessiere der Hintergrund.

Dr. Gerhard Fricke (SenInnSport) bemerkt, dass die Bundesregierung in der Drucksache 17/176 mitgeteilt habe, welche Länder in NADIS gespeichert hätten. Berlin habe eine Speicherung in NADIS.

Dirk Behrendt (Grüne) wünscht Informationen zum Hintergrund. Um wen handele es sich? – Es sei nicht üblich, dass das Amt Parlamentarier überwache.

Dr. Gerhard Fricke (SenInnSport) stellt fest, dass es für die Speicherung von Abgeordneten klare Regeln gebe. Zur Person könne er in öffentlicher Sitzung nichts sagen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

[0051](#)

Gibt es Anzeichen für islamistische Rekrutierungsbestrebungen im Berliner Strafvollzug?

(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Dirk Behrendt (Grüne) führt aus, dass der Antrag auf die Reise des Innenausschusses nach London zurückgehe. Im King's College sei eine Studie zur Rekrutierung und Mobilisierung von islamistischen Militanten in Europa vorgestellt worden. Demnach erfolge die Rekrutierung nicht mehr hauptsächlich über Moscheen, sondern in den Gefängnissen. Man bringe radikale Imame in die Gefängnisse, diese entfalten dort Rekrutierungsbemühungen. Außerdem versuche man die Basis über inhaftierte islamistische Militante zu verbreitern. Sei in deutschen Gefängnissen Entsprechendes festgestellt worden? Wie werde ggf. dagegen vorgegangen?

Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport) berichtet, dass die IMK sich mit dieser Thematik im Zusammenhang mit der Bekämpfung islamistischer Bestrebungen befasst habe. Die Situation der Inhaftierung beinhalte eine Sensibilisierungsgefahr für das Klientel. Man habe dem begünstigenden Feld Aufmerksamkeit gewidmet und gemeinsam mit der JMK daran gearbeitet, die dort tätige Kollegenschaft mit dem Phänomen vertraut zu machen. Es habe nur punktuell Auffälligkeiten gegeben. Man habe den Auftrag, den Inhaftierten die Religionsausübung zu gewähren. Dies tue man.

Hans-Arduin Pohl (SenJust) bemerkt, dass er für die Sicherheit in den JVA's zuständig sei und sich mit dem Thema seit 2003 befasse. Man arbeite eng mit der Abteilung II und den Strafverfolgungsbehörden im LKA 5 zusammen. Es gebe Besprechungen, es habe Fortbildungsbemühungen gegeben. Derzeit bringe man das Handbuch Mitarbeitern nahe. Mittels Fortbildungen solle versucht werden, die Sensibilisierung noch zu erhöhen. In der Vergangenheit seien einzelne Gefangene auffällig geworden. In solchen Fällen würden das LKA und der Verfassungsschutz eingeschaltet. Die Bibliotheken seien durch die Abteilung II überprüft worden. Extremistische Inhalte seien ausgesondert worden. – Bei einer Gesamtbelegung von 5 000 Gefangenen habe man ca. 700 bis 800 Muslime. Die religiöse Betreuung der türkischen Muslime erfolge durch Imame, die das Generalkonsulat stelle. Die Betreuung der aus dem arabischen Raum stammenden Muslime bereite Probleme. Von zwei freien Mitarbeitern habe man sich nach entsprechenden Hinweisen trennen müssen.

Dirk Behrendt (Grüne) begrüßt, dass es eine Sensibilität in dem Bereich gebe. Es könne allerdings nicht zufriedenstellen, dass man seit 2003 von dem Problem wisse und 7 Jahre später eine Fortbildungsreihe auflege. Nach welchen Kriterien würden Imame ausgewählt? Sei bei Postkontrollen Material von islamistischen Gruppen aufgefunden worden? Habe man Gefangene, die in derartige Netzwerke eingebunden seien? Gebe es islamistische Gruppen, die gezielt Gefangene betreuten? Habe es in den Gefängnissen Übertritte aufgrund von Werbebemühungen gegeben?

Hans-Arduin Pohl (SenJust) stellt fest, dass alle, die als freie Mitarbeiter in Betracht kämen, durch die Abteilung II überprüft würden. Hinweise auf massive Bemühungen von außen, über Post oder andere Wege auf Gefangene einzuwirken, gebe es nicht. Es gebe keine lückenlose Postkontrolle, nur Stichproben würden kontrolliert. Insofern sei man auf Erkenntnisse durch Kontrolle von Hafträumen angewiesen. Verdächtige Schriftstücke würden zur Kontrolle an die Verfassungsschutzbehörde weitergeleitet. – Ansonsten gebe es für Muslime keine spezifischen Gruppen oder Angebote.

Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport) führt aus, dass schon vor über sieben Jahren länderübergreifende Gremien sich mit dem Phänomen befasst und Fortbildungsangebote in die Fortbildungsreihen der Justizvollzugsbediensteten eingebaut hätten.

Dr. Sebastian Kluckert (FDP) spricht an, dass die Betreuer der türkischen Gefangenen durch die türkische Regierung gestellt würden. Eigentlich strebe man an, dass die Geistlichen in Deutschland aufgewachsen sein sollten. Habe keine Möglichkeit bestanden, türkische Geistliche, die von der türkischen Regierung unabhängig seien, zu bekommen?

Bilkay Öney (Grüne) möchte wissen, wie viele Muslime inhaftiert seien. Dass jemand konvertiere, heiße nicht, dass er sich als Islamist betätigen wolle. Wie viele der inhaftierten Muslime seien eindeutig dem islamistischen und radikalen Spektrum zuzuordnen?

Dirk Behrendt (Grüne) wünscht Aufschluss darüber, ob in den letzten Jahren Bewerber abgelehnt worden seien. Was seien die Gründe dafür gewesen? Was für Material sei aufgefunden worden?

Marion Seelig (Linksfraktion) interessiert, wann und durch wen Kriterien aufgetaucht seien, die zur Entlassung der beiden freien Mitarbeiter geführt hätten.

Tom Schreiber (SPD) erklärt, die Grünen schienen eher danach zu suchen, wo der Verfassungsschutz zu viel tue. Wenn jemand konvertiere, sei das zunächst zu akzeptieren. Einzugreifen wäre allenfalls nach einer Radikalisierung. Die Äußerungen von Herrn Pohl hätten deutlich gemacht, dass die Zusammenarbeit gut funktioniere.

Hans-Arduin Pohl (SenJust) erklärt, es sei schwierig, zuverlässige Organisationen zur religiösen Betreuung zu finden. Die Zusammenarbeit mit dem türkischen Konsulat habe sich bewährt. Eine Beobachtung sei nur insofern möglich, als an Veranstaltungen teilnehmende Gefangene Hinweise gäben. Man bemühe sich, andere Organisationen anzusprechen. – Er könne nicht einmal genau sagen, wie viele Gefangene muslimischen Glaubens es in Berlin gebe. Darüber könnten keine zuverlässigen Zahlen erhoben werden. Angaben zur Religiosität seien freiwillig. Die genannte Zahl sei nicht weiter zu konkretisieren. – Die nicht weiter beschäftigten Mitarbeiter seien langjährig dabei gewesen. Als sie ihre Tätigkeit in der Anstalt aufgenommen hätten, sei eine Kontrolle durch den Verfassungsschutz noch nicht üblich gewesen.

Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport) führt aus, dass, wenn sich Verdachtsmomente ergäben, ein Abgleich der Erkenntnisse stattfinde. In Einzelfällen habe man Erkenntnisse bezüglich islamistischer Inhalte gehabt. DVDs, CDs und Literatur seien beschlagnahmt worden. Was den Berliner Justizvollzug angehe, habe man allenfalls punktuelle Erkenntnisse über derartige Inhalte in Zulieferungen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

[0052](#)

Welche Rolle spielen Politiker der Linkspartei und der Linksfraktion im Zusammenhang mit linksextremistischen Gewalttaten in Berlin?

(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Dr. Sebastian Kluckert (FDP) erklärt, der TOP habe sich noch nicht erledigt, weil man den Verfassungsschutz noch nicht dazu gehört habe. Ihn interessierten dessen diesbezügliche Erkenntnisse. Hintergrund seien zwei Demonstrationsanmeldungen. Die revolutionäre 1. Mai-Demonstration sei von einem Bezirksverordneten der Linkspartei angemeldet worden. „Revolutionär“ bedeute, dass die Gesellschaftsordnung umgestürzt werden solle. Die Silvio-Meier-Gedenkdemo „gegen Nazis, Staat und Kapital“ stelle Nazis und Staat in eine Reihe. Eine besondere Brisanz entstehe, wenn eine solche Partei in der Regierung sei. Angesichts der knappen Mehrheit der Koalition sei die Frage berechtigt, ob jeder Einzelne im Bereich des demokratischen Spektrums agiere. Was könne der Verfassungsschutz dazu sagen?

Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport) bemerkt, dass der Verfassungsschutz seinem Vorredner zu dessen politischen Einschätzungen nichts werde sagen können. Die Einschätzung, dass diese Regierung nur an der Macht bleiben könne, weil sie sich auf Verfassungsfeinde stütze, könne er nur als Verhöhnung politischer Sitten zurückweisen. Die Ausführungen seien einer gebotenen politischen Auseinandersetzung mit Linksextremisten nicht angemessen. Man könne sich darüber unterhalten, ob man es für geschickt halte, dass sich jemand als Anmelder an die Spitze einer Demonstration stelle, aus der heraus womöglich einzelne Extremisten Gewalttaten begingen. Die Bewertung des Senats sei öffentlich kundgetan worden. Er verwahre sich dagegen, dass linke Politik in die Randzonen des Linksextremismus gerückt werde. Erkenntnisse des Verfassungsschutzes könnten nicht mitgeteilt werden. Es habe die Anmelder gegeben, auf die hingewiesen worden sei.

Andreas Gram (CDU) verwahrt sich dagegen, dass Tabus aufgestellt würden. Unter Demokraten müsse man jede Frage stellen dürfen; man könne sie entsprechend beantworten. Es sei auch um die Abgeordnete Baba gegangen, die eine Demonstration unterstützt habe, von der bekannt gewesen sei, dass sie gewalttätig enden würde. Die Gleichsetzung von Nazis und Staat in dem Motto der Demonstration finde er unerhört. Es gebe auch Grenzen für Kollegen in diesem Haus. Staatssekretär Freise sei zwar ein Linker, aber nicht links-extrem. Die Frage sei, wie die Koalition sich mit Leuten auseinandersetze, die nicht mehr im demokratischen Spektrum stünden. Wenn in der CDU-Fraktion ein Rechtsextremer wäre, würde er – Redner – dafür sorgen, dass dieser hinausgeworfen würde. Man dürfe in den demokratischen Parteien keine Bestrebungen dulden, die Extremismus auch nur ansatzweise hoffähig machten.

Dr. Sebastian Kluckert (FDP) betont, dass es berechtigt sei, solche Fragen zu stellen, auch wenn sie dem Staatssekretär unangenehm seien. Niemand habe den Senator, den Staatssekretär, Sozialdemokraten oder Frau Seelig mit der Anfrage gemeint. Es gehe um einzelne Personen, die aufgrund von politischen Verhältnissen eine gewisse Bedeutung bekommen hätten. Wenn der Verfassungsschutz zu dem Thema gar nicht zu Wort komme, dann mache das nachdenklich. Wenn der Verfassungsschutz nur noch die in der Zeitung abgedruckten Erkenntnisse habe, dann könnte man ihn sich sparen. Falls der Verfassungsschutz in diesem Bereich nicht tätig werde, dann wäre es die Aufgabe des Innensensors, diesbezüglich aktiv zu werden.

Tom Schreiber (SPD) führt aus, dass es das gute Recht der Opposition sei, nachzuhaken. Aber sie müsse mit Gegenwind rechnen, wenn Argumente nicht belegbar seien. Die Vorsitzenden von SPD und Linkspartei hätten sich deutlich von Gewalt distanziert. Auch zur Abgeordneten Baba habe die Linkspartei sich klar geäußert. Es obliege nicht anderen Parteien, der Linkspartei zu raten, wie sie mit solchen Fällen umgehe. Die Behauptung, dass die Linkspartei mit dem Linksextremismus eng verbunden sei, sei nicht belegbar. Man habe eine Studie, die die Situation im Land darstelle. Darüber sollte man diskutieren. Die Opposition möge konkrete Vorschläge machen.

Marion Seelig (Linksfraktion) sagt, sie habe kein Problem mit der Fragestellung. Ein Problem habe sie aber damit, dass dem Verfassungsschutz Aufgaben zugewiesen werden sollten, die ihm nicht zustünden: dass Politiker der Linkspartei, womöglich mit geheimdienstlichen Mitteln, überwacht würden. Es gehe um öffent-

liche Veranstaltungen und Äußerungen von Mitgliedern der Linkspartei, die u. U. nicht tolerabel seien und von denen man sich auch deutlich distanziert habe. Sie würde die Silvio-Meier-Demo nicht anmelden, aber diese sei als solche keine verbotene Demonstration. Auch Abgeordnete müssten das Recht haben, Demonstrationen anzumelden. Es habe Silvio-Meier-Demonstrationen ohne jede Gewalt gegeben. Jahrelang sei von der revolutionären 1. Mai-Demonstration keine Gewalt ausgegangen. Diesmal sei dies bedauerlicherweise anders gewesen. Den schweren Rückschlag bedauerten alle, die sich im Lauf der Jahre engagiert hätten.

Sie befürchte nach der gestrigen Durchsuchung und Beschlagnahmung von Demonstrationsaufrufen eines breiten, auch bürgerlichen Bündnisses, dass alles, was sich antifaschistisch engagiere, denunziert werde, weil es auch in diesem Bereich linksextremistische Übergriffe gebe. Sie bitte darum, Versammlungsrecht und zivilen Widerstand gegen Neonazis nicht mit Kriminalität oder Extremismus zu vermischen.

Sven Rissmann (CDU) bekundet Mitleid mit Abg. Schreiber und dem Staatssekretär, die ihren Kopf hinhalten müssten, um dem Koalitionspartner beizuspringen. Die Koalition habe eine sehr dünne Mehrheit. Es handle sich nicht nur um einen einzigen Fall. Ein anderes Mitglied der Linkspartei sei laut Verfassungsschutzbericht bei der Roten Hilfe. Das OVG Münster habe festgestellt, dass es verfassungsfeindliche Bestrebungen der Linkspartei gebe. In dem Urteil werde auch auf Berliner Beispiele Bezug genommen. Er unterstelle nicht allen Angehörigen der Linksfraktion verfassungsfeindliche Bestrebungen. Aber es handle sich nicht nur um einen einzelnen Fall.

Staatssekretär Ulrich Freise (SenInnSport) legt dar, dass die zitierte Unterzeile eines Demonstrationsaufrufs von ihm – Redner – genauso bewertet werde wie von Abg. Gram. Er halte sie für politisch abwegig. Wenn diejenige, die aufgerufen habe, in eine undemokratische Ecke gestellt werde, werde es jedoch problematisch. Wenn man nämlich die einen oder anderen politischen Äußerungen betrachten würde, würde man quer durch das demokratische Spektrum mit dem einen oder anderen Parteimitglied Probleme bekommen. Aber dies sei eine Auseinandersetzung, bei der man sich hüten sollte, diejenigen in die Ecke von Verfassungsfeinden zu stellen. CDU und FDP versuchten, die Legitimation einer Demokratin im Abgeordnetenhaus infrage zu stellen und damit den Bogen zur Regierungsfähigkeit ziehen. Man sollte sich darüber auseinandersetzen, ob derartige Ableitungen der Demokratie nützten oder eher schädeten. Es sei der Versuch, linke Politik zu diskreditieren. Wenn rechte, bürgerliche Politik in der Grenzziehung nach Rechtsaußen so sensibel wäre wie hier, hielte er dies für erfreulich.

Dr. Sebastian Kluckert (FDP) erwidert, dass noch niemand hier die Versammlungsfreiheit von Rechtsextremisten gefeiert habe. Niemand bestreite die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit von Frau Baba. Wenn eine Demonstration mit einem bestimmten Titel angemeldet werde, dann könne man die politische Gesinnung bewerten, die dahinter stehe. Um den Anmelder als zugehörig zum linksextremistischen Spektrum zu bewerten, benötige er keinen Verfassungsschutz. Der Staatssekretär wolle nicht zugeben, dass der Senat von nicht dem demokratischen Spektrum angehörenden Personen abhängig sei. Bedauerlich sei auch, dass der Verfassungsschutz sich nicht äußern dürfe.

Andreas Gram (CDU) stellt klar, dass die SPD für ihn nicht linksextrem sei. Er bezweifle auch nicht, dass Frau Abg. Seelig Demokratin sei. Die CDU-Fraktion werfe nicht alles in einen Topf.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll!